Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 231. Mittwoch den 19. August 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am 1. August dss. Js. ist Herr **Carl Heinrich Nitzsche** als städtischer Vollstreckungs-Hilfsbeamter bis auf Weiteres eingestellt und in Pflicht genommen worden.

Leipzig, den 17. August 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Christoph.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Lieferung des Bedarfs an Stein- und Braunkohlen für das hiesige Johannishospital auf das Jahr 1885/86 ist vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Submittenten ihrer Offerten hiermit entlassen.

Leipzig, den 12. August 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Gemeinde-Verwaltung finden **2 Scholaren**, welche gute Schulzeugnisse aufzeigen können, sofortige Anstellung.

Gohlis, am 17. August 1885.

Der Gemeindevorstand.
Singer.

Holz-Auction.

Auf dem **Neudnitzer Forstrevier** aufbereitete Hölzer und zwar:
5 sichtene Stämme von 12—14 cm Mittenstärke an Lit. b beim Forsthause,
325 kiefern Stämme von 16—22 cm } auf den
302 " " " 23—29 " } Schlägen in
116 " " " 30—46 " } Abth. 10 u. 35,
1036 buchene, birkene und erlene Klöppen von 9—22 cm Ober-, bez. Mittenstärke, 3—10 m Länge, auf den Schlägen der Abtheilungen 16, 27 u. 37 und in Abtheilungen 13 und 23,
675 kiefern Klötzer von 16—19 cm } Oberstücke auf den Schlägen
248 " " " 23—29 " } der Abtheilungen 10, 16 u. 35,
94 " " " 30—45 " }
sollen

Freitag, den 28. August dieses Jahres, Vormittag 9 Uhr in Döring's Schankwirthschaft auf dem Neudnitz bei Dahlen

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den sonst vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.

Königl. Forstrentamt Wurzen und Königl. Forstrevier-Verwaltung Neudnitz, am 17. August 1885.

Bachmann. Berger.

Nichtamtlicher Theil.

Die magyarisch-französische Verbrüderung.

* Im officiösen Theil der ungarischen Presse oder in sonst der Pester Regierung nahe stehenden Blättern sind nicht selten allerlei Versicherungen von der „großen Hochachtung" zu lesen, welche angeblich die ungarische Nation dem „hochgebildeten deutschen Culturvolke" bezeige, mit dem Ungarn nur in Frieden und Eintracht zu leben wünsche. Diese Versicherungen liest man aber, wie gesagt, nur in den Regierungsorganen, während die unabhängigen magyarischen Blätter, welcher Partei sie auch angehören mögen, zu jenen officiösen Behauptungen den denkbar schärfsten Gegensatz bilden. Das hindert aber gewisse Regierungsorgane, vor Allem „Pester Lloyd" und „Nemzet", keineswegs, jene Versicherungen je nach Zeit und Umständen zu wiederholen, wahrscheinlich in der Voraussetzung, daß die gegentheiligen Aeußerungen der übrigen in magyarischer Sprache erscheinenden Journale in Deutschland völlig unbekannt bleiben, weil man dort, sowie in der übrigen Welt noch nicht das Bedürfniß empfunden hat, sich mit dem magyarischen Idiom bekannt zu machen.

Wer aber jemals in Ungarn gewesen ist und Gelegenheit gehabt hat, den Magyarismus nur einigermaßen kennen zu lernen, der wird sofort wissen, was er von jenen schöngefärbten officiösen Versicherungen zu halten hat. Es wird ihm schon nach seinen ersten Beobachtungen im Lande nicht entgangen sein, daß der sehr oft wiederkehrende Ausdruck „Schwab" (Schwabe) ein in ganz Ungarn gebräuchliches Schimpfwort gegen die Deutschen ist, welchen namentlich die unteren magyarischen Volksclassen die verächtlichsten und ungeheuerlichsten Dinge anzudichten pflegen. Es giebt sogar ein ungarisches Sprüchwort, welches besagt, daß ein Magyare mit einem „Schwab" niemals Bruderschaft trinken kann, bevor dieser nicht mit Leib und Seele Ungar geworden sei. Vielleicht erklären sich daraus die zahlreichen Uebertritte zum Magyarismus, die bekanntlich auch stets die Magyarisirung der betreffenden deutschen Familiennamen zur Folge haben.

Dieses feindselige Verhältniß gegen die Deutschen tritt ganz besonders in Siebenbürgen hervor, wo die Sachsen in geschlossenen Massen die bedeutendsten Städte und einen ansehnlichen Theil des Landes bewohnen. Da überdies die Sachsen von allen in Ungarn eingewanderten Deutschen am treuesten an ihrem Volksthum hängen und dieses jederzeit gegen die Anmaßungen und Unterdrückungsversuche des Magyarismus mannhaft vertheidigt haben, so kann man sich wohl erklären, daß gerade die Sachsen von den Magyaren am heftigsten angefeindet und in ihrer Nationalität mit den verwerflichsten Mitteln bedroht werden. Diese rücksichtslose nationale Vergewaltigung wird bekanntlich von der gegenwärtigen ungarischen Regierung besonders eifrig unterstützt, einer Regierung, die allen Ernstes in dem Wahne befangen ist, im gewaltsamen Wege einen magyarischen Großstaat schaffen zu können. Zu diesem Zwecke haben in neuester Zeit die Pester Regierungskreise ganz Siebenbürgen mit sogenannten magyarischen „Culturvereinen" überschwemmt, welche sich in ihrem Programm ganz offen die Aufgabe gestellt haben, kein Mittel unversucht zu lassen, das zur Unterdrückung und Ausrottung der deutschen und rumänischen Nationalität in Siebenbürgen führen könnte. Durch diese maßlose Verfolgung und Bedrückung der Sachsen und Rumänen seitens des zur vollen Herrschaft gelangten Magyarismus hat der nationale Kampf in Siebenbürgen bereits einen derart verbitterten Charakter angenommen, daß er für die Zukunft das Schlimmste befürchten läßt. Das scheint indeß die Magyaren wenig zu kümmern, an denen selbst die blutigen Lehren des Jahres 1848/49 völlig spurlos vorübergegangen sind.

Wohin in Ungarn man also nur blicken mag, überall begegnet man der rohesten nationalen Vergewaltigung, der ganz besonders die deutschen Bewohner des Landes preisgegeben sind. Da sich diese bedauerliche Thatsache nicht leugnen läßt, so wird man außerhalb Ungarns und Oesterreichs keinen Augenblick zweifelhaft sein, was man von den vorher erwähnten Hochachtungs-Versicherungen der Pester Regierungsblätter zu halten habe.

Vor einigen Tagen ist überdies in Pest auch ein Verbrüderungsfest zwischen Magyaren und Franzosen gefeiert worden, dessen Spitze anscheinlich über die Grenzen Oesterreich-Ungarns nach Deutschland reichen soll. Wir meinen damit den Empfang, welchen eine Deputation der Pariser Schriftsteller und andere chauvinistische Vergnügungsjäger aus Frankreich in der ungarischen Hauptstadt gefunden haben. Wir haben bereits an anderer Stelle den fanatischen Jubel und die Festlichkeiten geschildert, mit denen die französischen Gäste von der magyarischen Bevölkerung Pests aufgenommen worden sind. Herr Louis Ulbach, der sich auch unter den Pariser Gästen befand, hat über die Reise und den Empfang seiner Landsleute in Pest in der Pariser Presse eine Reihe überschwenglicher Berichte veröffentlicht, in denen er indeß das Mißgeschick gehabt hat, zu der bekannten und mit Recht so oft belächelten „französischen Geographie" wieder einen starken Beitrag zu liefern. Kein einziger ungarischer Ortsname (ja nicht einmal solche von deutscher Bezeichnung) ist in den Berichten Ulbach's richtig geschrieben; alle sind auf die lächerlichste Weise verballhornt, kurz, man würde diese französisch-geographischen Ungeheuerlichkeiten ganz vergeblich auf der Karte Ungarns suchen. Das hindert aber den magyarischen Chauvinismus und seine Presse keinen Augenblick, die „ruhmvolle, für die Freiheit und alles Edle und Schöne begeisterte französische Nation" bis in den Himmel zu erheben und den glücklichen Tag zu preisen, an dem es den Ungarn in ihrer Hauptstadt vergönnt war, einer Abordnung dieser edlen Nation in „aufrichtiger Hochachtung und Freundschaft" die Hände zu schütteln.

Daß es dabei in der unabhängigen ungarischen Presse, besonders in den Organen der Partei der Unversöhnlichen, nicht ohne gehässige Bemerkungen und Ausfälle gegen die Deutschen und Deutschland abgegangen, ist nach dem vorher Gesagten wohl ziemlich selbstverständlich. Da wird unter Anderm behauptet, daß das nationale Unglück, welches Frankreich betroffen, nur ein vorübergehendes sein könne. Das Land und die Nation müßten eines Tages über ihren einzigen Feind in Europa einen Triumph erringen, der Frankreichs Stellung und Einfluß noch viel bedeutender als seiner Zeit gestalten würde. Ungarn, das stets mit den Freiheitsbestrebungen des französischen Volkes auf das Wärmste sympathisirt habe, könne den baldigen Eintritt dieser Wandlung nur aufrichtig wünschen.

Wir könnten noch eine ganze Reihe ähnlicher Auslassungen aus den ungarischen Blättern hier anführen, aber die schon hier angegebenen dürften hinreichen, um darauf aufmerksam zu machen, welche treuen Bundesgenossen das deutsche Volk im Reiche der Stephanskrone zählt.

Leipzig, 19. August 1885.

* Die Vorbereitungen für die Ersatzwahl im ersten nassauischen Reichstagswahlkreise haben im letzten Augenblicke eine Wendung genommen, welche diese Wahl zum Gegenstande allgemeinen Interesses macht. Der Wahlkreis ist bisher niemal nationalliberal und dreimal fortschrittlich vertreten gewesen. Neben diesen beiden Parteien pflegte das Centrum in ansehnlicher Stärke aufzutreten. 1881 siegte wie 1884 ist der „Freisinnige" Mehr in der Stichwahl gegen den Centrumscandidaten mit Hilfe der Nationalliberalen gewählt worden. Bei diesem Stande der Dinge mußte man es für sehr vernünftig halten, daß zwischen „Freisinnigen" und Nationalliberalen eine Verständigung getroffen wurde, nach welcher die letzteren dem Candidaten der ersteren jetzt sofort ihre Stimmen geben, dafür aber bei der demnächstigen Landtagswahl im Mainkreise die Unterstützung der „Freisinnigen" erhalten sollten. Aber kaum war diese Nachricht in die Oeffentlichkeit gelangt, als sie von „freisinniger" Seite — und zwar zuerst nicht von Nassau, sondern von Berlin aus — aufs Entschiedenste widerrufen wurde. Dieses Räthsels Lösung war sehr einfach: Die „Freisinnigen" hatten die nationalliberale Hilfe nicht mehr nöthig, denn das Centrum verzichtete nicht nur auf die Aufstellung eines eigenen Candidaten, sondern es stellte seinen ganzen Heerbann in den Dienst der „Freisinnigen". Wie aber ist das Centrum dazu gekommen? In Nassau selbst hat offenbar bis in die letzte Woche herein kein Mensch an eine solche Möglichkeit gedacht. Und wie hätte man auch daran denken können! Das Centrum hat im letzten Herbst in dem in Rede stehenden Wahlkreise bei der ersten Abstimmung 5983 Stimmen gehabt, die „Freisinnigen" nur 4963; in der engeren Wahl hat dann der „freisinnige" Candidat mit 8532 Stimmen gesiegt. Eine Wiederaufnahme des Kampfes schien demnach schon auf den ersten Blick für das Centrum keineswegs ganz aussichtslos. Dazu kamen aber noch folgende Betrachtungen: Der fortschrittliche Candidat hatte 1881 in der ersten Abstimmung 7356 Stimmen, 1884 nur 4369; dagegen waren die socialdemokratischen Stimmen im gleichen Zeitraume von 770 auf 3068 gestiegen. Diese Letzteren sind bei der Stichwahl des letzten Herbst zum größten Theile dem Centrum zu Gute gekommen. Es ist nun keineswegs unmöglich, daß sich der Abfall von den „Freisinnigen" zu Gunsten der Socialdemokratie seit dem vorigen Jahre noch fortgesetzt hat, so daß das Centrum für die Stichwahl auf eine noch stärkere Hülfstruppe von dieser Seite hätte hoffen können. Weiter ist zu bemerken, daß das Centrum bei früheren Wahlen wiederholt in der ersten Abstimmung über 7000 Mann aufgebracht hat, so daß die Vermuthung nahe liegt, bei Anspannung aller Kraft hätte es auch an eigenen Leuten mehr stellen können, als das letzte Mal. Faßt man dies Alles zusammen, so erscheint es schlechterdings unbegreiflich, wie das Centrum hier von vornherein die Flinte ins Korn werfen konnte. Die Gründe, welche in dem betreffenden Aufrufe angegeben werden, sind so fadenscheinig wie möglich. Der einzig etwas plausibel Klingende, die Ernte-arbeiten, hätte gerade umgekehrt das Centrum zur Aufnahme des Kampfes bestimmen müssen; denn für jede andere Partei sind Erntearbeiten im Puncte der Wahlagitation sowohl wie der Wahlbetheiligung sehr nachtheilig, das Centrum aber bedarf überhaupt keiner Agitation und übt betreffs der Wahlbetheiligung über seine Getreuen eine geradezu militairische Disciplin. Nein, die Centrumsmänner des 1. nassauischen Wahlkreises haben diesen Verzicht nicht ersonnen, er ist ihnen unterlegt von der Parteileitung, welche ihn mit dem Höchstcommandirenden der „deutschfreisinnigen" Partei „in höherem Interesse" abgekartet hat. Unter welchen Bedingungen, erzieht sich aus jenem Aufrufe. Der „freisinnige" Candidat verpflichtet sich, für die Beseitigung der die „Katholiken im Reiche bedrückenden Ausnahmegesetze" — also für die Aufhebung nicht nur des sog. Expatriirungsgesetzes, sondern auch des Jesuitengesetzes und wohl auch des „Kanzelparagraphen" zu stimmen und dem „Culturkampfe" gegenüber überhaupt dieselbe Stellung einzunehmen wie das Centrum. Auf dieser Basis ist die Freundschaft des Centrums gewonnen. Welchen Vortheil sie dem „Freisinn" bei den preußischen Landtagswahlen bringen wird, bleibt abzuwarten. Möge aber nur Herr Hänel nicht mehr so thun, als ob er in der Richter'schen Partei noch etwas zu sagen hätte.

* Für den Aufenthalt des Grafen Kalnoky in Varzin waren dem Vernehmen nach zunächst vier Tage vorgesehen, der Aufenthalt hatte sich indessen noch etwas länger gestaltet. Als Hauptgegenstand der Verhandlung hat Graf Kalnoky, wie die „National-Zeitung" wissen will, die Frage bezeichnet, welche Stellung Oesterreich-Ungarn den deutschen Getreidezöllen gegenüber einnehmen wird. Es liegt nahe, daß eine solche Verhandlung sehr tief in das ganze zollpolitische Verhältniß der beiden Reiche einschneiden kann. Da Deutschland bei der Zusammenkunft in Kremsier nicht direct vertreten ist, so fällt die Vertretung der Politik der beiden verbündeten Kaisermächte diesmal ausschließlich Oesterreich zu. Es ist naheliegend, daß die so wenig aufgehellte Lage der Beziehungen zwischen Rußland und England und die Complicationen, die sich möglicherweise daran knüpfen können, die leitenden Staatsmänner nicht weniger beschäftigen, als die Eventualitäten, welche sich für die Gesammtlage der europäischen Politik an den demnächstigen Ausfall der Wahlen in England und Frankreich knüpfen werden. Die Probleme, die im Augenblick existiren, liegen klar vor Augen; welche Haltung die Staatsmänner in Varzin dafür vorbereiteten, ist müßig unterfangen zu wollen.

* Der „Frankfurter Zeitung" zufolge verlautet, daß im nächsten Reichshaushalts-Etat die Mittel für eine ständige Station an der ostafrikanischen Küste gefordert werden sollen.

* Die Meldung des „Reuter'schen Bureaus", daß dem Sultan von Zanzibar deutscherseits ein Ultimatum gestellt worden sei, wird bestritten: die erhobenen Reclamationen hätten alsbald den bekannten Erfolg gehabt.

* Die preußischen Bezirks-Regierungen sind veranlaßt worden, Abschriften aller seit Anfang dieses Jahrhunderts ergangenen Verordnungen der Provinzialbehörden, welche die Einführung der Impfung zum Gegenstande haben, dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zur Weiterreichung an den Herrn Reichskanzler vorzulegen.

* Verschiedene Blätter berichteten, die auf Requisition der Reichsregierung eingeforderten Erhebungen über die Arbeit in Fabriken und Werkstätten an Sonntagen müßten übereilt werden, weil sie schon am 15. August abgeschlossen sein sollten. Das ist durchaus unrichtig. Augenscheinlich ist der Irrthum dadurch entstanden, daß in den Verfügungen einzelner Regierungen der 15. August angegeben ist. Indessen hierbei handelt es sich nur um vorbereitende Schritte. Um eine Grundlage für die Erhebungen zu gewinnen, haben die Interessenten zunächst anzuzeigen, in welchen Gewerkszweigen überhaupt Sonntags gearbeitet wird. Die Erhebungen werden mit aller Sorgfalt und unter Anhörung von Arbeitern und Arbeiterverbindungen stattfinden, so daß die voreilige Kritik einzelner Organe durchaus nicht am Platze ist.

* Am Montag früh verschied zu Berlin in seiner Wohnung in der Hohenzollernstraße Sanitätsrath Dr. Georg Thilenius, geboren am 19. April 1830 in Rüdesheim, nach langem und schwerem Leiden. Georg Thilenius war seit dem Jahr 1870 in dem preußischen Landtag und seit 1874 im Reichstag ein thätiges und hochangesehenes Mitglied der nationalliberalen Fraction, und dann der Secession und freisinnigen Fraction. In der letzten Reichstagswahl unterlag er einem conservativen Mitbewerber. Als Badearzt in Soden genoß Dr. Thilenius einen bedeutenden Ruf, in zahlreichen Versammlungen seiner Standesgenossen hat er als Vorsitzender fungirt, wie er auch im Parlament als Specialität für eine Reihe wissenschaftlicher und hygieinischer Fragen eine leitende Stelle einnahm. Erst vor Kurzem war Thilenius von einem längeren Aufenthalt im Süden nach Berlin zurückgekehrt. Mit dem Tode dieses trefflichen und patriotischen Mannes ist eine neue Lücke in die sich so stark lichtende Reihe unserer politischen Veteranen gerissen.

* Die Aufforderung an Herrn Pfarrer Majunke zur Uebernahme der Kreisschulinspection war im Auftrage der königlichen Regierung von Herrn Domherrn und Erzpriester Warnatsch zu Gnesen in seiner Eigenschaft als Kreisschulinspector ergangen. Wegen dieser rein sachlichen Amtshandlung wird Erzpriester Warnatsch sofort von der ultramontanen Presse verketzert. Der „Kölnischen Volks-Zeitung" erregt es Bedauern, „daß es gerade ein Amtsbruder des Dr. Majunke sein mußte, welcher die Zumuthung jener schriftlichen Erklärung von Amts wegen stellte." Der wirkliche Grund des angeblichen Bedauerns ist wohl in folgendem Zusatz des ultramontanen Blattes zu finden: „Heutzutage ist für einen katholischen Geistlichen die Auszeichnung, Kreisschulinspector zu sein, eine recht fragwürdige, ebenso wie diejenige, in der Bismarck-Adresse und in der Subscriptionsliste zur Sammlung eines „National-Dankes für Bismarck" mit Namensunterschrift figurirt zu haben, wie dies leider bei Herrn Warnatsch der Fall ist."

* * *

* Durch die deutschösterreichischen Blätter ging dieser Tage eine befremdliche Notiz. Die Czechen gründeten einen national-czechischen Hopfenmarkt zu Nakonitz, weil es eine „Schmach für das czechische Volk" wäre, den Hopfenmarkt in der deutschen Stadt Saaz zu beschicken oder dort deutschen Hopfen einzukaufen. Der czechische Statthalter von Böhmen, Baron Kraus, begrüßte officiell in einem Telegramm das neue national-wirthschaftliche Unternehmen der Czechen zu Nakonitz. Da es noch keinem Naturforscher bisher gelungen, den Hopfen in einen deutschen und einen czechischen Hopfen zu classificiren, so wäre der ganze Vorgang an sich nur humoristisch aufzufassen. Allein da dieser Vorgang typisch für die czechische Kampfesweise ist, die zumal in letzter Zeit ihr Hauptgewicht darauf verlegt, systematisch die Deutschen in ihren volkswirthschaftlichen Interessen zu schädigen, um sie so allmälig zu Renegaten oder zu national indifferenten Leuten heranzuziehen, so wohnt ihm eine sehr ernste Bedeutung inne. Schon seit Jahren übt die czechische Presse einen ungeahnten Terrorismus durch den sogenannten „nationalen Pranger" aus; der „nationale Pranger" ist die systematische Veröffentlichung von Namen von Kaufleuten, Handwerkern, Industrie-Etablissements, die der deutschen Sache zuneigen, und die Verwarnung, in den so gebrandmarkten Geschäften Einkäufe zu machen. Da das czechische Volk national übersitzt, wie es einmal ist, auf derartige Manöver der czechischen Presse schwört, so kann man die Wirksamkeit des nationalen Prangers, welcher das letzte deutsche Schneiderlein in einem czechischen Städtchen arg bedrohen kann, leicht ermessen. Aus Furcht vor diesem Pranger — zum Theil auch aus Liebedienerei — versenden heute selbst zahlreiche Firmen im deutschen Reiche ihre Schriftstücke (selbst Postkarten) in czechischer Sprache nach Böhmen! Auf deutscher Seite kann dieser wirthschaftliche Krieg nicht mit gleichen Waffen geführt werden, weil die Staatsanwaltschaft, was sie der czechischen Presse durchgehen läßt, unnachsichtlich in der deutschen Presse „wegen Verhetzung der Nationalitäten" confisciren würde; und überdies würde ein derartig terroristisches Vergehen bei der durchaus nicht zum nationalen Chauvinismus veranlagten Deutschen auch nicht entfernt die Wirkung erzielen, die es thatsächlich bei den Czechen erzielt. Der hier charakterisirte wirthschaftliche Guerillakrieg in Böhmen, wie in den gemischtsprachigen Ländern Oesterreichs überhaupt, hätte schon lange eine viel größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen, wenn seine Folgen nicht durch sehr wesentliche Momente abgeschwächt würden. Glücklicherweise behaupten die Deutschen noch die unbestrittene Suprematie auf industriellem, wie namentlich auf kunstgewerblichem Gebiete, so daß die Czechen ihrer Arbeit schließlich nicht entrathen können, und auch die Czechen können nicht aus der Erde stampfen, was die zähe Ausdauer von Jahrhunderten geschaffen, anderseits sind die Wechselbeziehungen mit Deutschland so reiche, daß die Consumtionskraft des czechischen Volkes hiergegen nicht von Belang ist. So beklagenswerth also die geradezu culturfeindliche national-wirthschaftliche Agitation des Czechenthums ist, so sehr erfreulich ist es, daß deren Wirkung auch nicht entfernt zur geplanten Absicht im Verhältniß steht.

* Der Bürgermeister des „goldenen slawischen Prag", Herr Dr. Cerny, hat gesprochen! Es war am denkwürdigen Tage der Inthronisation des neuernannten Prager Erzbischofs, Grafen Schönborn. Diesem Grafen Schönborn, dem Nachkommen eines Hessen-Nassauischen Adelsgeschlechtes, sprach der Bürgermeister von Prag eine wichtige culturhistorische Mission zu; er ernannte ihn aus höchst eigener Machtvollkommenheit, als Repräsentant der czechischen Nation, zum Hüter der heiligen Wenzelskrone, bis der Zeitpunct eintreten werde, an welchem der Kaiser diese geheiligte Krone sich aufs Haupt setzen werde! — Diese Worte des Bürgermeisters von Prag bei einem officiellen Feste sprechen eine beredtere Sprache und enthüllen die czechisch-slawischen Endziele deutlicher, als es hundert Zeitungsartikel thäten. Die Sprache des Prager Bürgermeisters übt eine verblüffende Wirkung aus; von Niemandem noch und noch nie wurde in Oesterreich an die Krone eine derartige directe Mahnung an eine einzulösende Schuld gerichtet. Die Czechen müssen sich sehr sicher fühlen und festes Vertrauen auf eine baldige Königskrönung zu Prag haben, wenn der Bürgermeister des ersten czechischen Gemeinwesens es wagen durfte, an den ersten Priester des Landes eine derartige Ansprache zu richten. Wehe über die Deutschen Oesterreichs, wenn irgend einer unter ihnen eine ähnliche Mahnung an die Dynastie gerichtet hätte, wie sie der Bürgermeister des goldenen slawischen Prag gethan hat; und der Prager Erzbischof, Graf Schönborn, fand auch nicht das leiseste Wort der Abwehr gegen die Zumuthung, die ihn zum Hüter der Wenzelskrone einsetzt. Interessant und bezeichnend ist es auch, daß Graf Schönborn den feierlichen Act seiner Inthronisation auch nicht durch ein deutsches Wort entweihte, wiewohl seine Erzdiözese doch auch Hunderttausende von Deutschen in Böhmen umfaßt und auch ins deutsche Reich hinübergreift.

* In Rußland wird zum Herbst eine Reform vorbereitet, die in Beamtenkreisen viel Aufsehen machen wird: die Abschaffung der bisherigen Rangordnung nämlich, in der man mit Leichtigkeit zum Titel „Excellenz" und zum erblichen Adel kam, was Beides der Rang eines Wirklichen Staatsrathes eo ipso verleiht, ohne daß es hierzu noch einer besonderen kaiserlichen Bestätigung bedürfte. Für die herrschende russische Beamtenwelt wird die Abschaffung der Rangordnung ein schwerer Schlag sein, dagegen hoffentlich für die Purificirung des russischen Beamtenthums und für die Heranbildung eines thätigen Beamtenstandes von großem Nutzen werden. Es gehörte bis jetzt zu den alltäglichen Erscheinungen, daß man Leuten mit dem Range eines Wirklichen Staatsrathes begegnete, die thatsächlich nie in einem Ministerium irgend etwas gethan, sondern denselben nur einfach „zugezählt" waren, d. h. kein Gehalt erhielten, aber Rang und Orden besaßen, ohne irgend eine Arbeit dafür zu leisten! Ueberhaupt schlichen sich äußere Vortheile wegen allerlei dunkler Existenzen, von denen sich sonst Jeder ferngehalten hätte, in den Beamtenstand ein. Nach Abschaffung der Rangordnung und aller Privilegien, die damit verbunden waren, muß und wird es allmälig anders und besser werden, namentlich, wenn die Beamten finanziell besser gestellt werden und man mehr Leute aus den Universitäten heranzieht. Letzteres ist übrigens auch in Aussicht genommen, und ein Staatsexamen nach preußischem Muster wird ohne Zweifel binnen einigen Jahren in Rußland eingeführt werden.

* In Le Mans hat bekanntlich am Sonntag die Enthüllung des Denkmals des Generals Chanzy stattgefunden. General Chanzy, der am 4. Januar 1883, vier Tage nach dem Tode Gambetta's, starb, galt den Franzosen zu jener Zeit als ihr bedeutendster General und als der designirte Oberbefehlshaber in einem etwaigen Kriege in Europa, insbesondere mit Deutschland. Er war zugleich ein entschiedener Gegner Gambetta's, und eine ansehnliche Partei, namentlich im Senat, hatte ihn deshalb zum zukünftigen Candidaten für die Präsidentschaft der Republik ausersehen. Während des letzten deutsch-französischen Krieges war Chanzy, der sich bereits vorher in Algerien als ausgezeichneter Soldat erwiesen hatte, Oberbefehlshaber der zweiten Westarmee und